

Haushaltsberatung 2009

Haushaltsrede
des Vorsitzenden der FDP-Fraktion
im Rat der Stadt Mönchengladbach
Dr. Anno Jansen-Winkel

Sperrfrist: 17. Dezember 2008,

Es gilt das gesprochene Wort!!

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren.

Die Kämmerei unter der Leitung von Herrn Acker und Frau Narres legt uns mit dem Etat 2009 das erste Werk auf Basis der NKF-Gesetzgebung vor. Diese komplette fiskalische Umstellung der Stadtverwaltung kann in seiner Arbeit und Tragweite kaum genug gewürdigt werden. Deswegen gilt in diesem Jahr der besondere Dank Ihnen, Herr Acker, und Ihren Mitarbeitern, und ich will offen gestehen, dass ich vor zwei Jahren noch bezweifelt habe, dass eine solche Umstellung überhaupt zeitgerecht vonstatten gehen kann. Ich habe mich in diesem Punkte geirrt und bin froh, dass Sie mich eines Besseren belehrt haben.

Meine Damen, meine Herren, die Lage der Stadt Mönchengladbach ist nicht schlecht - sie ist katastrophal, desaströs, verzweifelt oder bestenfalls aussichtslos. Ein schlichtes „schlecht“ beschreibt die Haushaltslage so wenig wie „schlechtes Wetter“ einen Hurrikan.

117 - bzw. 118 Millionen nach den Beschlüssen zur Ersatzspielstätte - neues Defizit allein in diesem Jahr. Schreiben Sie sich die Zahl einfach nur mal auf: 118 Millionen. Und dabei ist es egal, ob es sich hierbei um Defizit aus AFA oder der Realisierung von Verlusten oder gar um Wertberichtigungen handelt. Das ist der Witz der neuen Bilanz, des NKF, die wir hier vor uns liegen haben: Sie gibt ein viel ehrlicheres Bild als Haushalte in der vergangenen Zeit.

Defizit ist Defizit.

Und 118 Millionen Defiziterhöhung bedeutet nichts anderes, als dass die Stadt, als dass die Bürger dieser Stadt um 118 Millionen ärmer werden im Jahre 2009. Und es gibt auch keine Schulden 1. oder 2. Klasse. Der Schuldenstand wächst plangemäß im Jahre 2009 auf 1.068 Millionen Euro. Verlassen wir uns auf den Plan, ist unser wirtschaftliches Eigenkapital in spätestens 10 Jahren aufgezehrt. Jeder hier im Saal weiß aber, dass dies bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die im Augenblick herrschen, wesentlich anders laufen wird. Die Weltwirtschaftskrise geht nicht an Mönchengladbach vorbei. Die Sozialausgaben werden exponentiell in die Höhe schießen und die Steuereinnahmen katastrophal sinken. Ich prophezeie Ihnen, dass das wirtschaftliche Eigenkapital bereits in 5 oder 6 Jahren aufgebraucht sein wird.

Das ist der Punkt, Herr Oberbürgermeister, an dem Ihr Pendant, der Geschäftsführer eines Unternehmens, allerspätestens den Konkurs anmelden müsste, wenn er sich nicht strafbar machen wollte.

Damit haben wir aber einen neuen Konsensus in diesem Hause erreicht. Denn eines ist klar: Jeder, der sich hier vorne hinstellt und sagt, dieses oder jenes Lieblingsprojekt ist nicht im Haushalt enthalten, also kann ich dem Haushalt nicht zustimmen, der macht sich im höchsten Grade unglaubwürdig. Das Realisieren von Lieblingsprojekten wird im NKF deutlich als das dargestellt, was es ist: Eine Schädigung des Bürgers, denn es macht die Bürger dieser Stadt ärmer, es erhöht das Defizit. All jene, die vordergründig die „ach so hohe Schuldenlage“ im Munde führen, aber bei jeder einzelnen Sachfrage die Frage stellen „Dürfen es auch noch 100g mehr sein?“, werden dank der neuen Haushaltssystematik gnadenlos entlarvt.

Dank NKF ist die volle Tragweite des Handelns nunmehr deutlich zu erkennen. Die konkrete Kenntnis des Eigenkapitals sorgt nämlich dafür, dass wir die Endlichkeit, die das System hergibt, erkennen können. Insofern funktioniert NKF bereits. Auf der anderen Seite müssen wir jedoch deutlich erkennen, dass das NKF-System umstellungsbedingt riesige Mängel hat. In diesem Stadium gibt es weder die Eröffnungsbilanz noch die konsolidierte Bilanz. Das heißt, die Schattenhaushalte der städtischen Beteiligungen, der städtischen Töchter, sind nicht in dem Zahlenwerk der Stadt enthalten. Diese sind natürlich zur Beurteilung der Gesamtlage

unabdingbar. Auch kann es zum jetzigen Zeitpunkt weder ein probates Kennzahlen-Set noch einen Kennzahlenvergleich geben. Benchmarking ist aber das wesentliche Steuerungsmittel der Zukunft, und dazu brauche ich selbstverständlich einen Kennzahlenvergleich und Kennzahlvorgaben. Somit fehlt dem Rat in dieser Übergangsphase das wichtigste Steuerungsinstrument, das NKF zu bieten hat. Sich hier ans Rednerpult zu stellen und zu kritisieren, Steuerung müsse anders laufen in dieser Stadt, scheidet also auch als Ablehnungsgrund aus. Steuerung kann momentan aufgrund der strukturellen Vorgaben nur stückweise erfolgen. Einen Ablehnungsgrund stellt dies nicht dar.

Zum Thema „Steuerung des Haushalts“ gehört natürlich auch die Betrachtung, welche Positionen im Haushalt überhaupt steuerungsfähig sind. Analysieren wir den Haushalt einmal genauer, stellen wir fest: Weit über 80% der Ausgaben sind im Sozial- oder Jugendbereich gebunden, durch Verträge und Gehälter fixiert. Somit sind sie jeglicher freien Beplanbarkeit entzogen. Eine Beplanung dieser Ausgaben ist zwar nett, aber ohne jede Handlungsalternative. Das Einsetzen anderer Planzahlen hätte im Effekt spätestens bei der Jahresabrechnung keinerlei Auswirkung. Hierbei ist vor allem festzustellen, dass der tägliche Griff von Bund und Land in die Tasche der Kommune solide städtische Finanzpolitik endgültig ad absurdum führt. Lassen Sie mich die 3 Top-Grausamkeiten der letzten Monate benennen.

1. Die U3 Betreuung. Zugegebenermaßen eine sehr sinnvolle Maßnahme. Jedoch in ihrer ganzen Konsequenz fast ausschließlich von den Kommunen zu tragen, Denn neben Investivkosten sind es vor allen Dingen die laufenden Betriebskosten, die hier zu 100% von den Kommunen getragen werden müssen. Im Finanzplanungszeitraum macht die Bundesgesetzgebung zur U3-Betreuung einen höheren einstelligen Millionenbetrag aus.
2. Die Kosten zur Unterkunft. Hier hat die jüngste Absenkung des Bundes an den Zuschüssen dazu geführt, dass im Finanzplanungszeitraum ein Betrag von über 10 Millionen zusätzlich auf die Stadt zukommt.
3. Das Gesetz zu KIBIZ. Diese sicherlich auch sozial sinnvolle Maßnahme ist ebenfalls voll zu Lasten der Kommunen finanziert und beschert der Stadt Mönchengladbach über 40 neue Stellen im Bereich von Kindergärtnerinnen.

Ich sage, wer Gesetze macht, soll auch für die daraus resultierenden Folgekosten aufkommen. Dies gilt sowohl in Richtung meiner eigenen Parteifreunde wie in Richtung jeder anderen Partei, die in Land und Bund Verantwortung trägt. Hier müssten wir als kommunale Familie geschlossen auftreten, um dieses Verschieben ans Ende der Kette in Richtung des schwächsten Gliedes zu verhindern.

Insgesamt addieren sich die Handlungsspielräume, die sich im Etat darstellen lassen, auf wenige Millionen. Sich hier hinzustellen und zu behaupten „Meine alternative Entscheidung hätte zur Gesundung des Haushalts geführt“, ist absurd. Dazu gibt es überhaupt kein ausreichendes Potential an Spielräumen im Haushalt. Lediglich ein leichtes Herausschieben des Endpunktes, an dem das kommunale Finanzsystem nicht mehr funktioniert, ist erreichbar. Und dies müsste meiner Ansicht nach ohnehin gemeinsames Ziel sein.

Der SPD-Oberbürgermeister hat mit seinem Verwaltungsteam einen Haushalt zur Abstimmung vorgeschlagen, der von CDU und FDP zu 99% unverändert belassen wurde. FDP und CDU haben lediglich an einigen uns wichtigen Punkten Akzente gesetzt. Akzente

sehen wir vor allen Dingen in der Tatsache, dass wir den schulischen Bereich ausreichend mit Geld versorgt haben. Hier kam es nicht zu Kürzungen, sondern zu Etat-Ausweitungen. Die Räumlichkeiten für die Gesamtschule in Neuwerk wurden genauso realisiert wie die Sanierung des Gebäudes Gartenstraße. Bildung ist eine Ausgabe für die Zukunft; hier darf der Rotstift nicht angesetzt werden. Auch in den Bereichen Sport, Schwimmbäder und beim Theater haben wir das Möglichste getan. Das notwendige Augenmaß regiert aber in jeder Ausgabenposition.

Inhaltlich sind die Unterschiede zum vorgelegten Haushalt aber so gering, dass zumindest der SPD-Oberbürgermeister im Hauptausschuss keinen Grund darin gesehen hat, seinem Haushalt nicht zuzustimmen. Wenn die SPD sich also heute hier vorne hinstellt und vor allen Dingen die Ablehnung auf inhaltliche Aussagen zum Haushalt stützt, dann konterkariert sie selber ihren wichtigsten Mann, den Oberbürgermeister. Bedenken Sie, meine Damen und Herren: Dieser Haushalt hat sozusagen den Gütestempel des Oberbürgermeisters und ist zu großen Teilen seine genuine Arbeit. Und dieser Haushalt wird von dieser SPD abgelehnt – das ist in unseren Augen haarsträubend.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Nachdem ich den Haushalt hier von 4 Seiten beleuchtet habe, muss man doch Folgendes festhalten:

1. Die Ablehnung kann man nicht daran festmachen, ob das persönliche Lieblingsprojekt im Etat enthalten ist oder nicht. Eine solche Entscheidungsgrundlage wäre absurd.
2. Die Steuerungsmöglichkeiten des NKF sind systembedingt noch sehr gering. An Steuerungskonzepten eine Ablehnung festzumachen, ist momentan angesichts von Alternativlosigkeit nicht möglich.
3. Die Mehrzahl der Ausgaben ist gesetzlich fixiert. Sie sind alternativlos. Insofern besteht auch hierin kein Ablehnungsgrund.
4. Die Mehrzahl der Inhalte sind vom Oberbürgermeister vorgeschlagen worden, und eine Ablehnung aufgrund inhaltlicher Aspekte kann nur vorgeschoben sein.

Somit bleibt die Frage „Was bleibt übrig?“, wenn man einmal die pressewirksamen Erklärungen beiseite schiebt. In Wahrheit haben wir es bei der Fragestellung von Ablehnung oder Zustimmung doch mit einem ganz einfachen Sachverhalt zu tun.

Der SPD-Oberbürgermeister ist bereit, Verantwortung für seinen Haushalt zu tragen. Er steht damit diametral im Widerspruch zu seiner Fraktion. Die CDU ist bereit, Verantwortung für diesen Haushalt zu tragen. Die FDP ist bereit, Verantwortung für diesen Haushalt zu tragen. Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, rufe ich deswegen zu: Wenn auch Sie bereit sind, Verantwortung für diese Stadt und ihre Bürger zu tragen, seien Sie konsequent, reden Sie nicht immer nur, stimmen Sie diesem Haushalt zu.